

Überparteiliches Komitee zur parlamentarischen Initiative

# «Pflege weg vom Hilfsberuf»

Um der parlamentarischen Initiative «für die gesetzliche Anerkennung der Verantwortung der Pflege» zum Durchbruch zu verhelfen, hat sich das breit abgestützte Überparteiliche Komitee «Pflege weg vom Hilfsberuf» gebildet. Die Vorlage ist bis zum 14. August in der Vernehmlassung.

Text: Urs Lüthi / Fotos: Martina Camenzind

Den Pflegeberuf «endlich vom Status des Hilfsberufs zu befreien und aufzuwerten» ist laut Nationalrat Rudolf Joder (SVP) das zentrale Ziel seiner parlamentarischen Initiative. Die Initiative verlangt, dass die Leistungen der Gesundheits- und Krankenpflege im Krankenversicherungsgesetz (KVG) in einen eigenverantwortlichen und einen mitverantwortlichen Bereich aufgeteilt werden. Damit typische Pflegeleistungen von den Krankenkassen vergütet werden, braucht es mit der angestrebten Änderung des KVG künftig keine ärztliche Verordnung mehr.

Obwohl sich die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) mit 19 zu 3 Stimmen ausserordentlich deutlich hinter die Vorlage gestellt hat, sei dies kein Grund passiv abzuwarten, betonte Joder. Um den Anliegen der Initiative zum Durchbruch zu verhelfen, wurde das Überparteiliche Komitee «Pflege weg vom Hilfsberuf» ge-

gründet und am 22. Mai an einer Medienorientierung im Medienzentrum Bundeshaus vorgestellt. Neben Joder wird die politisch breit abgestützte Allianz von den folgenden Nationalräten und Nationalrätinnen co-prädisidiert: Roland Borer (SVP), Marina Carobbio (SP), Yvonne Gilli (Grüne), Bruno Pezzatti (FDP) und Barbara Schmid-Federer (CVP).

## Barbara Schmid-Federer

Sie habe sich von der ersten Stunde an hinter diese Initiative gestellt, sagte Barbara Schmid-Federer an der Medienorientierung. Sie wies darauf hin, dass immer mehr Menschen immer älter werden und viele von ihnen an einer oder mehreren chronischen Erkrankungen leiden: «Um die gesundheitliche Grundversorgung dieser Menschen zu sichern, müssen wir über neue Modelle nachdenken – nicht nur vor dem Hintergrund des Hausärztemangels.» Dabei gelte es, die unterschiedlichen Kompetenzen der

Gesundheitsfachpersonen optimal zu nutzen und eine Versorgung zu etablieren, bei der Pflegefachpersonen und Ärzte auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Als Beispiel dafür erwähnte sie die Betreuung von Menschen mit chronischen Krankheiten, bei der Pflegefachpersonen nicht nur die Betroffenen, sondern auch ihre Angehörigen unterstützen, Komplikationen verhindern ihre Selbständigkeit fördern.

## Marina Carobbio

Marina Carobbio, die als Ärztin lange in einer Gemeinschaftspraxis gearbeitet hat, kennt die Arbeit der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner bestens. Es mache durchaus Sinn, wenn die Verabreichung von Medikamenten oder die Pflege einer Wunde ärztlich verordnet werde, sagte sie. Für die Ärzte und Ärztinnen sei es jedoch ein unzeitgemässes und mühseliges Ritual, Verordnungen zu unterschreiben, die nicht den diagnostisch-therapeutischen Bereich betreffen. Pflegefachpersonen hätten das Fachwissen, selber zu beurteilen, welche pflegerischen Massnahmen bei welchen Patienten notwendig sind: «Sie benötigen in diesem Bereich nicht meine Erlaubnis.» Eine sichere und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung dürfe sich «nicht an althergebrachten Standeshierarchien orientieren, sondern sollte den Beitrag aller beteiligten Fachpersonen optimal nutzen».

## Rudolf Joder (SVP)



«Mit der Anpassung des KVG wird der Pflegeberuf vom bisherigen

rechtlichen Status des Hilfsberufs befreit und aufgewertet.»

## Marina Carobbio (SP)



«Eine sichere und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung

darf sich nicht an Standeshierarchien orientieren.»

## Barbara Schmid-Federer (CVP)



«Es müssen neue Versorgungsmodelle entwickelt werden, in welchen Pflegefach-

personen und Ärzte auf Augenhöhe zusammenarbeiten.»



Medienkonferenz im Medienzentrum Bundeshaus: Bruno Pezzatti, Barbara Schmid-Federer, Rudolf Joder und Marina Carobbio (v.l.n.r.).

### Bruno Pezzatti

Nationalrat Bruno Pezzatti betonte, dass die Initiative auch aus liberaler Sicht unterstützenswert und ein wichtiger Schritt zur Attraktivitätssteigerung sei. Die Prognosen seien eindeutig: Bis ins Jahr 2030 wird die Zahl der über 65-Jährigen um über 50 Prozent auf 2,2 Millionen steigen, die Altersgruppe 80+ gar um 77 Prozent auf 740 000. Die entstehende Versorgungslücke ausschliesslich mit ausländischen Pflegekräften zu schliessen, sei keine Lösung. Es gelte vielmehr, den Pflegeberuf für junge Berufseinsteigerinnen und für Quereinsteigerinnen attraktiver zu machen und Voraussetzungen zu schaffen, damit Pflegefachpersonen länger im Beruf bleiben. Die angestrebte Neuregelung sei jedoch «ganz klar kein Freipass für eine Mengenausweitung». Ziel sei vielmehr eine effizientere Nutzung der Ressourcen.

### Yvonne Gilli

Für Yvonne Gilli wird mit der Initiative «ein alter Zopf abgeschnitten und es werden die Weichen für eine zukunftsgerichtete interprofessionelle und interdisziplinäre Zusammenarbeit gestellt».

Als Ärztin mit eigener Praxis und als ehemalige Pflegefachfrau weiss sie, dass die Verantwortung der Gesundheitsberufe nicht mehr in Übereinstimmung mit ihren Kompetenzen ist. Bereits heute evaluiere die Pflegefachfrau in der Spitex Art und Zeitaufwand für ihre Leistungen eigenverantwortlich. Es sei deshalb nicht zweckmässig, wenn sie als Hausärztin jeden Handgriff der Spitex verordnen muss. Es entspreche zudem der bundesrätlichen Strategie «Gesundheit 2020», wenn jede Berufsgruppe gemäss ihren Kompetenzen handelt und diese Leistungen direkt abrechnen kann: «So wird die Transparenz über die erbrachten Leistungen erhöht.»

### Roland Borer

Roland Borer weist darauf hin, dass Pflegefachkräfte nicht zufällig zu den drei Berufsgruppen gehören, denen die Schweizerinnen und Schweizer das grösste Vertrauen schenken. Selbstverständlich genüge Vertrauen allein nicht: «Pflegeleistungen müssen effizient erbracht werden und der administrative Aufwand muss, wo immer möglich, reduziert werden.» Vor diesem Hintergrund

Website des Komitees

## initiative11418.ch

Dem überparteilichen Komitee können alle Politikerinnen und Politiker, egal ob kommunal, kantonale oder national aktiv, beitreten. Auch Kandidatinnen und Kandidaten der nationalen Wahlen 2015 sind herzlich willkommen. Alle Informationen dazu sind auf der neuen Homepage des Überparteilichen Komitees «Pflege weg vom Hilfsberuf» zu finden: [www.initiative11418.ch](http://www.initiative11418.ch).

sei es zum Beispiel unsinnig, dass der Hausarzt für das Anziehen von Kompressionsstrümpfen und unzählige andere pflegerische Leistungen noch pro forma ein Formular unterschreibe: «Es geht nicht an, dass sich Ärzte mit Pseudoleistungen, für die sie gar nicht zuständig sind, ein Zusatzbrot verdienen.» Die Krankenversicherer würden schon heute genau hinsehen und die verrechneten Leistungen exakt prüfen – unabhängig davon, ob ein Arzt oder eine Pflegefachperson die Rechnung stellt. ■

### Yvonne Gilli (Grüne)



«Ein alter Zopf wird abgeschnitten und die Weichen für eine zukunftsgerichtete interprofessionelle Zusammenarbeit werden gestellt.»

«Ein alter Zopf wird abgeschnitten und die Weichen für eine zukunftsgerichtete interprofessionelle Zusammenarbeit werden gestellt.»

### Bruno Pezzatti (FDP)



«Das Ziel ist eine effizientere Nutzung der Ressourcen. Die Initiative ist ganz klar kein Freipass für eine Mengenausweitung.»

«Das Ziel ist eine effizientere Nutzung der Ressourcen. Die Initiative ist ganz klar kein Freipass für eine Mengenausweitung.»

### Roland Borer (SVP)



«Es geht nicht an, dass sich Ärzte mit Pseudoleistungen, für die sie gar nicht zuständig sind, ein Zusatzbrot verdienen.»

«Es geht nicht an, dass sich Ärzte mit Pseudoleistungen, für die sie gar nicht zuständig sind, ein Zusatzbrot verdienen.»